

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steindrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Zeitzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Bergnütigungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Wieder eine Beitragserhöhung!

Am 1. Juli vollziehen sich einige wichtige Änderungen innerhalb unserer Organisation, und der wichtigsten eine ist die vom Verbandstag in Ebnat beschlossene Erhöhung des Verbandsbeitrags von 25 auf 50 Pf. für männliche und von 15 auf 25 Pf. für weibliche Mitglieder. Wohl keine Beitragserhöhung hat bei den Mitgliedern so allgemeine Zustimmung gefunden als die, welche nun in Kraft tritt.

In früheren Jahren waren Beitragserhöhungen, und mochten sie noch so geringfügig sein, stets nur gegen den Widerspruch eines erheblichen Teiles der Mitglieder möglich, die glaubten, sie selbst, ja die Masse der Kollegen könnte eine solche Beitragslast nicht tragen, und der Verband werde infolge des mit dem höheren Beitrag eintretenden Mitglieder-schwundes den Krebsgang gehen. So oft dieser Widerspruch sich geltend machte, so oft erwiesen sich die Beschlüsse der Gegner der Beitragserhöhungen als irrtümlich. Denn noch jede Beitragserhöhung konnte ohne Schädigung der Organisation durchgeführt werden, ja die Folge der oft so erbittert bekämpften Maßnahme war nur mehr eine Kräftigung unseres Verbandes.

Das liegt auch in der Natur der Sache. Die Kollegen treten dem Verband nur bei, um durch ihn eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage herbeizuführen. Das ist oft genug nur mit Ausbietung erheblicher Mittel möglich. Eine Organisation mit niedrigen Beiträgen ist aber in ihren Kampfmitteln immer sehr beschränkt, und so stand der Verband in früheren Jahren immer wieder vor der Unmöglichkeit, seine wirtschaftlichen Aufgaben in der wünschenswerten Weise durchzuführen zu können. Mochten die Kollegen noch so gut organisiert sein, mochte die Konjunktur zum Los-schlagen noch so günstig sein, der Verband konnte nichts unternehmen, weil ihm die so notwendigen Kampfmittel fehlten. So wurden die Kollegen mißmutig, weil es so langsam vorwärts ging. Das änderte sich immer mehr zum Besseren, je mehr dem Verband durch die letzten Beitrags-erhöhungen Mittel zur Verfügung gestellt wurden. Überall da, wo die Voraussetzungen eines wirtschaftlichen Erfolges für die Kollegen gegeben waren, konnte der Verband Lohn-bewegungen durchführen. Es standen ihm ja erheblich größere Geldmittel zur Verfügung. Und so steigerten sich besonders in den letzten Jahren die Lohnbewegungen in ungeahnter Weise, allenthalben konnten die Kollegen Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchführen. Mit den größeren Erfolgen erweiterte sich aber auch der Mit-gliedertreue. Die Masse der Kollegen fühlte sich hingezogen zu der Organisation, die so wirksam ihre Interessen vertreten konnte, und freudig beteiligte sie sich an der so erfolgreichen Organi-sationsarbeit; die Kollegen wurden opferwilliger. Sie lernten den Wert der hohen Beiträge schätzen.

Darauf ganz allein ist es zurückzuführen, wenn die dies-malige Beitragserhöhung allgemein die Zustimmung der Kollegen fand. Noch vor vier Jahren, als der Verbands-beitrag von 25 auf 35 Pf. erhöht wurde, waren Tausende von Mitgliedern mit dieser Beitragsfestsetzung nicht einver-standen. Ihre Gegnerschaft kam nicht zuletzt in der die Grundlagen unserer Organisation tief auswühlenden Protest-bewegung zum Ausdruck. Diese Kollegen wurden bald durch die Tatsachen eines besseren belehrt. Sie lernten die mit der Beitragserhöhung verknüpfte Arbeitslosenunterstützung schätzen; hatten doch gerade die Kollegen jener Zahlstellen, welche geradezu erbittert gegen die Einführung des neuen Unterstützungs-zweiges angeknüpft hatten, in den zwei letzten Jahren unter einer schweren Krise zu leiden, in der ihnen die Unterstützung recht zugute kam. Und auch jene Mit-gliedertreue, welche die Beitragserhöhung in Rücksicht auf ihren Zweck, nämlich die Einführung der Arbeitslosenunter-stützung bekämpften, weil sie davon eine Beeinträchtigung der Kampffähigkeit unserer Organisation befürchteten, wurden durch die gewaltigen Lohnbewegungen der beiden letzten Jahre, die in diesem Umfang ohne die Beitragserhöhung in Verbindung mit der Einführung der Arbeitslosenunter-stützung gar nicht möglich gewesen wäre, bald von ihrer ab-lehnenden Ansicht belehrt.

Und in der Tat, wer nach der Bewegung unseres Ver-bandes in den letzten zwei Jahren noch die gefunden Ten-

denzen desselben in Zweifel ziehen will, der ist wohl unbe-lehrbar. Hat doch der Verband in den letzten beiden Jahren mehr und größere Lohnbewegungen geführt und ebensoviel Mittel dafür aufgewandt, als in den 11 Jahren 1893 bis 1903 zusammengekommen. In diesen 11 Jahren wurden von uns 986 Bewegungen geführt, an denen 88772 Kämpfer beteiligt waren, mit einer Gesamtausgabe von 2403881 M., während allein in den Jahren 1904 und 1905 1769 Bewegungen mit 91473 Personen und einem Kostenaufwand von 2321621 M. geführt wurden. Und diese enormen Ausgaben waren möglich, obwohl der Verband neben erheblichen Beträgen für andere Unterstützungen — so 161881,26 M. für Reise-, 51955,42 M. für Gemispregeleiten-, 52315 M. für Sterbefall-, 44776,44 M. für Umzugs-, 10300 M. für Notfallunterstützung und 81459,49 M. für Rechtschutz — noch 861082,69 M. für Arbeitslosen-unterstützung vorausgab hat. Dabei waren unsere Be-wegungen bei weitem erfolgreicher als zu irgend einer früheren Zeit. Die gute Verfassung unserer Organisation übte auch auf die Unternehmer eine heilsame Wirkung aus und machte sie unseren Forderungen geneigter.

Das alles weiß die Kollegen-schaft und sie hat deshalb einmütig der Beitragserhöhung zugestimmt. Sie hat damit zum Ausdruck gebracht, daß der Verband getan hat, was in seinen Kräften stand; daß die vor vier Jahren noch so sehr bekämpften hohen Beiträge sich durchaus bewährt haben und daß es sich empfiehlt, dieser so erfolgreichen Organisation zum Zwecke der Erzielung noch größerer Erfolge in der Zukunft, mehr Kampfmittel zur Verfügung zu stellen; sie hat schließ-lich damit dokumentiert, daß sie mit den Grundtendenzen unserer Organisation durchaus einverstanden ist. Denn auf nichts weiter läuft das mit überwältigender Mehrheit abge-gebene Votum für die Krankenunterstützung hinaus als auf die Anerkennung der Tatsache, daß dieser neue Unterstützungs-zweig die Widerstandskräfte unserer Kollegen-schaft vermehren, daß er wie alle anderen Unterstützungen unseres Verbandes unsere Kampfesposition stärken, uns erfolgreicher machen soll.

Wir wollen aufwärts und vorwärts! schallt es uns immer wieder aus Kollegentreifen entgegen, und besonders die Kollegen, denen die Zahlung des höheren Beitrags infolge ihrer elenden Existenzlage am schwersten fällt, verlangen mit Recht am meisten nach der tatkräftigen Hilfe unseres Ver-bandes. Gerade dieser Kollegen möchten wir besonders ansprechen. Sie sind es, die den höheren Beitragsbeitrag nicht nur zu zahlen, sondern auch in der Folge der Beitrags-erhöhung angeblich ausichtslosen Agitation unter ihrer im tiefsten Glend dahingehenden Kollegen-schaft ja nicht zu erlahmen: sie und ihre Arbeitsbrüder werden den meisten Vorteil von dieser Beitragserhöhung haben. Denn den schlechter gestellten Kollegen werden unsere Unterstützungs-einrichtungen, nicht zuletzt die neugeschaffene Krankenunter-stützung, naturgemäß am meisten zugute kommen. Sie auch werden am ehesten den Verband hinter sich haben, wenn es gilt, ihre so elenden Lohn- und Arbeitsbedingungen zu ver-bessern. Und die Bewegungen gerade zugunsten der am schlechtesten gestellten Kollegen-schaft erfordern erfahrungs-gemäß die meisten organisatorischen Aufwendungen, weil es am schwersten ist, ein eingefressenes soziales Übel zu beheben. Der Verband hat aber das größte Interesse daran, gerade diesen Kollegen zu helfen. Denn wir können in den Haupt-zentren unserer Industrie, wo die Organisation ihre Haupt-stütze hat und wo sie von Jahrzehnt zu Jahrzehnt immer größere wirtschaftliche Erfolge erzielt hat, in der Zukunft nur schwer weiter vorwärts dringen, solange es uns nicht gelingt, unsere Leidensgefährten in den Glendsdistrikten und Glendsberufen etwas vorwärts zu drängen, ihnen eine Besse-rung ihrer wirtschaftlichen Lage erklären zu helfen.

Wir wissen ja, daß es manchem Kollegen schwer gemacht ist, den höheren Beitrag zu zahlen und daß für sie die Beitragserhöhung einen bitteren Beigeschmack hat. Sie werden sich bald auch mit dieser Maßnahme befreunden, sobald sie nur erkennen lernen, daß gerade sie den meisten Vorteil von der Beitragserhöhung haben werden. Der 50 Pf.-Beitrag soll uns befähigen, unsere wirtschaftlichen Aufgaben besser als bisher durchzuführen, er soll uns erfolg-sfähiger machen. Mögen alle Kollegen das beherzigen und sie werden gern den höheren Beitrag zahlen.

Die württembergische Gewerbeinspektion im Jahre 1905.

I.

Die württembergische Gewerbeinspektion wurde im Jahre 1905 von insgesamt 16 Personen ausgeübt; darunter be-finden sich 2 weibliche Beamte, 4 dem Arbeiterstand ent-nommene Gehilfen und ein ärztliches Mitglied. Die Inspektions-tätigkeit war eine verhältnismäßig lebhaft, denn es wurden 74,5 Prozent der der Aufsicht unterstellten Fabriken, welche 85,3 Prozent der Arbeiter beschäftigen, revidiert. Das Jahr 1905 war für die württembergische Industrie im allgemeinen ein äußerst günstiges, nur in wenigen Industriezweigen wurde über schlechten Geschäftsgang geklagt. Derartige Klagen kamen besonders aus den Nahrungs- und Genussmittel-gewerben, die unter den Folgen der famosen Zoll- und Steuerpolitik des Reiches zu leiden hatten. Die herrschende Fleischnot hat einen starken Rückgang in den Fleischerei-betrieben zur Folge gehabt, und manche kleine Schlächterei ist eingegangen. Auch die Zigarren- und Tabakindustrie wurde von den unsicheren Zoll- und Steuerverhältnissen un-günstig beeinflusst, dagegen war in der Mehrzahl der übrigen Industriezweige eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften vorhanden. Der gute Geschäftsgang kommt auch in der Lattschafe zum Ausdruck, daß die Zahl der Fabriken im Be-richtsjahr von 8313 auf 9116 und die der Arbeiter von 185201 auf 195280 gestiegen ist.

Das Verhältnis der Aufsichtsbeamten zu den Unternehmern wird als im ganzen befriedigend bezeichnet. Die kleineren Unternehmer können sich nur schwer in die Überwachung ihrer Betriebe durch die Gewerbeinspektion finden. Haupt-sächlich haben die dem Arbeiterstand entnommenen Gewerbe-inspektionsgehilfen unter der Robott einzelner Bäckereimeister und Wirte zu leiden, und in mehreren Fällen kam es zur gerichtlichen Bestrafung wegen der den Aufsichtsbeamten zu-gefügtten Beleidigungen. Aber auch gegen größere Betriebs-unternehmer (der Bericht spricht von einem Maschinenfabri-kanter und einem Sägemühlensbesitzer) mußte wegen Ungebühr gegen den revidierenden Beamten eingeschritten werden.

Aber das Verhältnis zu den Arbeitern können sich die Gewerbeinspektoren nur befriedigt aussprechen. Beim Be-fragen der Arbeiter in den Fabriken macht sich öfters eine gewisse Zurückhaltung bemerklich; die Befürchtung, daß die Aufdeckung von Mißständen dem Betreffenden Widerwärtig-keiten seitens des Arbeitgebers zuzieht, ist in vielen Fällen begründet und führt sogar manchmal dazu, daß dem Beamten auf Befragen wahrheitswidrige Antworten gegeben werden. Bedauerlich ist es, daß es noch Arbeiter gibt, die den Wert der zu ihrem Schutze erlassenen Vorschriften nicht zu würdigen wissen. So wurden in Mahlmühlen und Bäckereien Gehilfen angetroffen, die geradezu von den Unternehmern verlangten, über die zulässige Zeit hinaus beschäftigt zu werden. Auch Sandsteinarbeiter gibt es, denen der neunstündige Maximal-arbeitszeit nicht lang genug ist, sie glauben in dieser Zeit nicht genügend verdienen zu können. Übertretungen der Vor-schriften kommen, wie der Bericht konstatiert, vorwiegend auf den Landorten vor, wo nur selten organisierte Ar-beiter beschäftigt werden. Die Gewerkschaften sind es also, die auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften achten.

Die Zumiderhandlungen gegen die zum Schutze der jugend-lichen Arbeiter erlassenen Vorschriften waren meist gering-fügiger Natur, es wurden aber auch Fälle unverantwort-licher Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft konstatiert. Unter anderem wurde in einer Mahlmühle ein zwölfjähriger Knabe an fünf Tagen in der Woche von 11 Uhr bis abends mit den schweren und gefährlichen Mällearbeiten beschäftigt. Die Vorschrift, daß den jugendlichen Arbeitern vor- und nach-mittags je eine halbstündige Pause gewährt werden muß, ist vielen Unternehmern unbequem; es sind daher eine ganze Reihe Gesuche um Dispensation von diesen Vorschriften eingegangen, denen größtenteils stattgegeben wurde. Die Gewerbeinspektoren haben sich dabei von der Ansicht leiten lassen, daß, wenn es sich nicht um besonders schwere Ar-beiten handelt, den Arbeitern, auch den jugendlichen, mit einer Verkürzung der Arbeitszeit morgens oder abends mehr gebietet ist als mit einer Unterbrechung durch längere oder kürzere Pausen. In einigen Fällen wurden solche Gesuche auch abgelehnt. So sollten in einer Wollwarenfabrik die Pausen gekürzt werden und dafür der Arbeitsschluß eine halbe Stunde früher eintreten, damit sich die Arbeiter noch landwirtschaftlich beschäftigen können. In der Begründung der Ablehnung dieses Gesuchs weist der Gewerbeinspektor darauf hin, daß gewisse Industrien nicht so sehr der billigen Löhne als der Arbeitskräfte wegen auf Land ziehen; in

manchen Gegenden verdichtet sich daher der Gegensatz zwischen Industrie und Landwirtschaft zum Kampfe um die Arbeitskraft. Wenn die Interessen des gewerblichen Unternehmers mit denen der Landwirtschaft konkurrieren, dann wird eine mangelhafte Rücksichtnahme auf die letzteren die Vorurteile unterstützen, die dem Fabrikbetrieb seitens der Landbevölkerung entgegengebracht werden. Das heißt mit anderen Worten, der Gewerbeinspektor glaubt der Landwirtschaft Arbeitskräfte erhalten zu können, wenn er die landwirtschaftliche Nebenbeschäftigung der Industriearbeiter zum mindesten nicht fördert.

Die Klagen der kleinen Unternehmer in gewissen Berufen über Lehrlingsmangel entbehren nicht der Berechtigung, dagegen ist in anderen Berufszweigen, zum Beispiel in kleinen Maschinenfabriken, ein solcher Andrang von Lehrlingen, daß viele Gesuche um Aufnahme zurückgewiesen werden müssen. Das Zustromen der jungen Leute in die Fabriken hat seinen Grund mit darin, daß die Interessenten besonderen Wert auf die Stetigkeit des Erwerbs legen, diese hängt aber weniger von der Art des Berufs oder des Handwerks, als von der Größe und der Bedeutung des Unternehmens ab. Der noch vielfach verbreiteten Annahme, daß die Lehre in einem Kleinbetrieb ohne Maschinen für die Ausbildung des Lehrlings besonders nützlich sei, tritt der Bericht entgegen. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß früher der Lehrling oft viele Stunden mit dem Treten der Drehbank, dem Antreiben der Bohrmaschine oder anderer Hilfsmaschinen zubringen mußte, ohne dabei für seine berufliche Ausbildung den geringsten Nutzen zu ziehen. Diese Arbeiten fallen heute, wo auch das Kleingewerbe immer mehr zur Anschaffung motorischer Kraft übergeht, fort; daher kommt es, daß unter sonst gleichen Umständen der Lehrling in vielen Betrieben heute gründlicher und vielseitiger ausgebildet wird als früher. Bei Lohnbewegungen und ähnlichen Gelegenheiten hört man öfters, daß die heutigen Arbeiter nicht recht leistungsfähig seien, auch in den Berichten der Handelskammern, in denen die Fabrikanten die Schwierigkeiten schildern, welche sich dem Profitmachen entgegenstellen, begegnet man nicht selten diesem Vorwurf. Demgegenüber ist die Feststellung in dem Bericht der Gewerbeinspektion wertvoll, in der es heißt: „Die Zahl unserer tüchtigen Arbeiter ist in der Zunahme begriffen, anders wäre es nicht möglich, daß der Nachwuchs mit den steigenden Anforderungen Schritt halten könnte, und dies ist doch der Fall.“

Die Ausbeutung der Kinder ist trotz des Kinderschutzes immer noch sehr stark. Bisher konnte nicht einmal der Umfang der gewerblichen Kinderarbeit in den Werkstätten, in denen eigene Kinder beschäftigt sind, ganz ermittelt werden. Einer Anregung der Gewerbeinspektion, durch die Lehrerschaft in den Schulen eine allgemeine Erhebung zu veranstalten, hat die Schulverwaltung mit Rücksicht auf die Interessen der Schule nicht entsprochen. Diese Haltung der Schulverwaltung ist bedauerlich, denn eine solche Erhebung, welche eine Grundlage für die Bekämpfung der ärgsten Auswüchse auf diesem Gebiet zu schaffen geeignet ist, würde gerade im Interesse der Schule liegen. Klage doch der Lehrer in einem Orte, in welchem die Kinder, schon von fünf Jahren an, bis spät nachts mit Kittelumbäkeln beschäftigt sind, der Gewerbeaufsichtsbeamtin, daß das Schulehalten unendlich schwierig, und namentlich die Rechenstunde für ihn und die Kinder geradezu eine Qual sei. Die Ausnützung der kindlichen Arbeitskraft ist besonders widerlich, wenn sie von Eltern, die es eigentlich nicht nötig hätten, gegen die eigenen Kinder zur Anwendung kommt. Gut situierte Bauernfamilien waren der Belehrung darüber, daß die anstrengende Beschäftigung der Kinder für diese durchaus nicht von Nutzen sei und daß damit den wirklich armen Familien ohne unläutere Konkurrenz bereitet werde, nur schwer zugänglich.

Es ist dies eine ähnliche Erscheinung wie die Stillsitzlosigkeit der „besseren“ Damen in den Städten gegenüber den Konfektionsarbeiterinnen. Obwohl ihnen die Woche über genügend Zeit zur Verfügung steht, verlegen sie doch ihre Einkäufe und Bestellungen mit Vorliebe auf den Samstagabend und tragen so dazu bei, daß den Konfektionsarbeiterinnen die Arbeitszeit ungefüglich verlängert wird. Die Durchführung der zum Schutz der Arbeiterinnen in den Konfektionswerkstätten erlassenen Vorschriften ist bisher nur unvollständig erfolgt. In den kleinen Städten obliegt die Durchführung den Polizeibehörden, und da konnte es vorkommen, daß Betriebe angetroffen wurden, in welchen weder Unternehmer noch Arbeiterinnen etwas von den Vorschriften wußten. Würde es sich um gegen die Arbeiter gerichtete Vorschriften handeln, dann wäre die Polizei sicher erfiger. Ein Teil der Unternehmer hat sich mit der neuen Ordnung ganz gut abgefunden, andere Klagen über angebliche Unzulänglichkeiten. So führten einige Betriebsleiter aus, daß nun, seitdem die Arbeiterinnen angemeldet werden müssen, auch die Vorschriften über die Führung von Arbeitsbüchern streng durchgeführt werden. Infolgedessen wollen die Mädchen „aus guter Familie“, die sich nur ein Taschengeld zu verdienen suchen, nicht mehr in den Betrieben arbeiten. Das ist eine Wirkung, die nur zu begrüßen ist. Andere Unternehmer fürchteten für die „Sittlichkeit“ der Arbeiterinnen, wenn ihnen zu viel freie Zeit gelassen wird; diese Sittlichkeitsgesetz wird von der Gewerbeinspektion recht treffend abgelehnt. Die Hebung der Sittlichkeit wird von einigen Fabrikanten auch als Grund vorgeschoben für die Entlassung von unverheirateten Arbeiterinnen, sobald deren Schwangerschaft bekannt wird. Eine solche Sittlichkeitshebung ist für die Unternehmer billig und hat dabei den Vorteil, daß sie die Fabrikkrankenkasse entlastet; und das dürfte wohl die Hauptfache sein.

Der günstige Geschäftsgang hat zur Folge gehabt, daß eine Reihe von Unternehmern die Arbeitszeit mehr oder

weniger freiwillig verkürzt haben; diese Tendenz wurde wohlwollig beeinflusst durch die Einführung des Neunstundentags in den Eisenbahnwerkstätten. Von einer Anzahl Betriebe wird ausdrücklich festgestellt, daß die Verkürzung der Arbeitszeit keinen Produktionsausfall zur Folge hatte, dagegen hatte sie das erfreuliche Ergebnis, daß die Neigung zum Blaumachen unter den Arbeitern bedeutend abgenommen hat und daß dieselben auch unter sich mehr auf eine pünktlichere Einhaltung der Arbeitszeiten sehen. Dabei haben die Unternehmer den Vorteil, daß sie im Winter nicht unerhebliche Ersparnisse an den Kosten für Heizung und Beleuchtung machen. Angesichts der günstigen Erfahrungen, die in der Mehrzahl der Fälle mit der Verkürzung der Arbeitszeit gemacht wurden, darf man wohl der Behauptung eines Fabrikanten, der die Arbeitszeit von zehn auf elf Stunden verlängerte und das neben der ausländischen Konkurrenz auch damit begründete, es sei bei der kürzeren Arbeitszeit 10 Prozent weniger fabriziert worden, skeptisch gegenübersehen.

Geschäftsbericht der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft für 1905.

II.

□ Von den vier technischen Aufsichtsbeamten der Berufs-genossenschaft konnten im Berichtsjahr nur drei ihres Amtes walten, da der eine Beamte „infolge eines auf der Reise erlittenen Schlaganfalls an der Vornahme der Betriebsrevisionen verhindert war“.

Der Aufsichtsbeamte, Ingenieur Klein, revidierte an 182 Tagen Betriebe in Pommern und Brandenburg, Herr Käschke an 184 Tagen Betriebe des Rheinlandes und Herr Nöhle an 198 Tagen die der Provinz Hannover. In Berlin wurden 111 Betriebe mit 1442 Arbeitern, auswärts 1588 Betriebe mit 14 249 Arbeitern revidiert, zusammen also 1699 Betriebe mit 15 691 Arbeitern. Es wurden also nur 10 Prozent aller versicherten Betriebe revidiert, und nicht einmal 9 Prozent aller Arbeiter hatten die Ehre, den Herrn Revisionsbeamten von Angesicht zu Angesicht zu sehen. Außerdem werden in den revidierten Betrieben auch noch Tausende von Arbeitern gar keine Ahnung gehabt haben, daß der freundliche Herr, welcher laut Bericht in „durchweg guten persönlichen Beziehungen zu den Betriebsunternehmern“ stand, auch wirklich der strenge Aufsichtsbeamte war. Die „Besteuerungen“ fanden ja, wie es im Bericht heißt, „größtentheils unter Führung der Inhaber beziehungsweise der Betriebsleiter statt“. Waren diese „Führer“ zufällig nicht zu haben, so „wurden die Meister oder Vorarbeiter bei den Revisionen hinzugezogen“. Trotzdem melden die Beamten, daß von „den auswärtigen Betrieben 668 Betriebe und von den Berliner Betrieben 63 in Ordnung befunden wurden“. Wie vorichtig! Hier dient die Sprache dazu, die Gedanken zu verbergen. Weshalb schreibt man nicht offen und ehrlich: Von den 1588 revidierten auswärtigen Betrieben zeigten 920 Betriebe, gleich 60 Prozent, große Mängel?!

Bei einer Kriminalstatistik schreibt man doch auch nicht: „In Deutschland gibt es 50 Millionen ehrliche Menschen.“

Die Aufsichtsbeamten führten auch genaue Statistik über die Gattung der revidierten Betriebe in den einzelnen Sektionen, und finden wir da, daß 1099 Tischlereien, 185 Schneidmühlen, 157 Stellmachereien, 79 Drechslereien usw. revidiert wurden. Interessant ist immer die große Aufzählung „der angeordneten Schutzvorrichtungen und Schutzmittel“, wenn man sich auch die Gesamtzahlen selbst suchen muß. Wir rechnen da heraus, daß an Dampfseilen 65, an Dampfmotoren 68, sonstigen Motoren 78, bei landlichen Einrichtungen 28, an Fahrstühlen 4, Winden und Kranen 10, an Transmissionen 202 Mängel gefunden wurden! Dann kommen die Werkzeugmaschinen, wovon den „Vogel“ wieder die Kreisfrägen mit 806 Beständen 7, Bandsägen 197, Decoupiersägen 5, Tischfräsen 377, Abriecht- und Hobelmaschinen 353, Walzenhobelmaschinen 44, Reihmaschinen 50, Nut- und Spundmaschinen 11, Vertikal-gatter 116, Horizontal- und Journergatter 95 usw. Mängel. Die Zahl der „Unordnungen“ in den revidierten Betrieben betrug nach dieser fünf Seiten großen Aufzählung 3300!

Daß die betreffenden Unternehmer später ein „Revisionsprotokoll“ zugestellt erhielten, wird die „ängstlichen“ Herren nicht besonders aufgeregt haben, sind sie doch persönlich vor jeder Unfallgefahr geschützt und die Arbeiter — werden ja „bezahlt“!

Die Aufsichtsbeamten geben sich nun in dem Bericht, der aber von den meisten Unternehmern doch nicht gelesen wird, alle Mühe, neue Vorschläge über Schutzmaßnahmen durch Worte und Zeichnungen zu machen. Es wird da gezeigt, daß eine Nürnberg-Firma, E. Carsten, eine Sicherheitswelle für Abriechtmaschinen konstruiert habe, die eine „große Sicherheit gegen schwere Verletzungen“ biete. Welchen Schutz diese Welle bietet, wird durch ein Beispiel wie folgt erläutert: „Der Unfall betraf einen Arbeiter, dem beim Abriechen eines kurzen gebogenen Nussstüchkes dasselbe plötz- lich zerbrach, so daß er mit der ganzen rechten Hand gegen die Welle fuhr, was schon daraus ersichtlich, daß Mittelfinger, Ringfinger und kleiner Finger verletzt wurden. Aber wie war die Verletzung? Bei der Vierkantwelle wären in diesem Falle die Finger bis zur Mittelhand zertrümmert worden, während die runde Welle in diesem Falle von jedem Finger nur etwas Haut mitnahm, so unbedeutend; daß der Verletzte seine Arbeit nicht unterbrach. Er erklärte, er habe das Gefühl gehabt, als schübe die Welle seine Hand zurück!“

Ein Unternehmer berichtet der Berufs-genossenschaft, daß er die vorgeschlagenen Schutzvorrichtungen ausgeführt habe

und bemerkt hierbei: „Die Änderung der Messerköpfe an den Abriechtmaschinen macht zwar sehr viel Arbeit, die Maschinen sind aber dadurch wesentlich verbessert, so daß sich jetzt viel sicherer daran hoheln läßt, als wenn die Köpfe vierkantig sind. Ich kann nur empfehlen, an allen Abriechtmaschinen diese Änderung vorzunehmen zu lassen. Schwere Unfälle, wodurch ein Arbeiter ein ganzes Fingerglied verliert, halte ich für gänzlich ausgeschlossen.“ — „Die aufgesetzten Platten müssen aus Eisen hergestellt und im ganzen mit dem Messertopf auf der Eisenbahn abgedreht werden. Ich danke Ihnen noch bestens für diesen guten Vorschlag, es tut mir leid, daß ich nicht schon eher darauf aufmerksam gemacht wurde, es wären dann wohl schon mehrere Unfälle vermieden worden.“

Ein weißer Hase, dieser Arbeitgeber! Die Holzarbeiter sollten deshalb diese Zellen mehr beherzigen.

Bei den Kreisfrägen, die bekanntlich die meisten Opfer fordern, auch die meisten Mängel aufweisen, fanden die Beamten, „daß häufig der Spaltteil noch zu weit vom Sägeblatt entfernt eingestellt wird. Es besteht darin eine große Gefahr, verletzt zu werden, weil sich leicht das zu schneidende Holz zwischen Spaltteil und Säge drängt und so ein Zurückschleudern des Holzes durch die hinten aufsteigenden Zähne der Säge verursacht wird.“ Dies sei meistens auf die „Ungleichgültigkeit der Arbeiter zurückzuführen“, die das genaue Einstellen des Spaltteils aus „Bequemlichkeit unterlassen“; die Beamten müssen aber gestehen, daß „leider noch viele Maschinenfabrikanten Kreisfrägen mit fest angeschraubten, nicht verstellbaren Spaltteilen usw. liefern“. Bei solchen Kreisfrägen wird wohl auch die größte Vorsicht der Arbeiter nicht viel nützen, und sollten diese deshalb zum alten Eisen geworfen werden! Warum geht man da nicht energischer vor?

Die Aufsichtsbeamten weisen ferner darauf hin, daß die „automatische Späneabsaugung in Holzbearbeitungswerkstätten große Vorteile für den Betrieb mit sich bringt“. Die Beamten kennen ihre Unternehmer doch gut, denn sie schreiben, daß dadurch die Werkstätten staubfrei und sauber würden, „den an den Maschinen beschäftigten Arbeitern in hohem Maße zugute kommen“, sehen aber sehr ausführlich die Vorteile auseinander, die der Unternehmer durch diese Einführung selbst habe! Mehr als die Lungen der Arbeiter interessiert doch den Unternehmer „eine große Schonung der Maschinen“, die „sonst mit Staub und Spänen bedeckt“ seien. Der Staub sauge doch das Öl auf, wodurch großer Verbrauch an Schmiermaterial und leichtes Geißlaufen der Lager sowohl an den Maschinen als auch an den Transmissionen entstehe. Der Holzstaub sei auch leicht entzündlich und explosibel usw. Der Industrie sei es gelungen, billigere Exhaustoren zu konstruieren, deshalb sei die Anschaffung zu empfehlen, um — die Maschinen zu schonen!

Es werden dann die „bemerkenswertesten Unfälle“ aufgezählt, und erfahren wir aus dieser Statistik, daß von den 3091 entschädigten Unfällen allein 592 sich an den Kreisfrägen ereigneten, an Abriechtmaschinen 437, an Tischfräsen 268, an Bandsägen 77, an Gattersägen 65, an Spezialmaschinen 39, an Transmissionen 57. Durch Sturz, Zusammenbruch usw. 480 Unfälle, davon 39 mit tödlichem Ausgang. Schredliche, blutige Zahlen!

Die Beamten bemerken hierzu, daß die Unfallverhütungsvorschriften, die doch unentgeltlich jedem Unternehmer geliefert werden, „leider immer noch in einer großen Anzahl von Betrieben fehlen“ — „auch fehlen noch vielfach Verbandkästen, beziehungsweise das vorrichtungsbedingte Verbandzeug“. Wie sagte doch der naive Herr, als er die Aufforderung einer Berufs-genossenschaft erhielt, doch endlich den „Verbandkasten“ anzuschaffen: „Verband“ — „gibt es nicht“ — „hier bin ich der Herr“ — „ich bulde keinen Verband!“! Solche Leute gibt es sicher auch in der Holzindustrie, deshalb „deutlich“ mit denselben „reden“!

Dem Bericht ist wie alljährlich auch das Ergebnis der „Heilanstalt“ Wilhelmshagen, im Volksmund: Rentenquetsche, der Berufs-genossenschaft beigelegt. Es wurden 690 Verletzte „gebessert“ in zirka 60,3 Pflegetagen entlassen. Die übliche Nahrungsmitteltabelle, welche eine gute Verpflegung der Patienten beweisen soll, der regelmäßige Gottesdienst, Weihnachtsgeschenke mit Gottesdienst usw. dürfen im Bericht nicht fehlen. Deshalb verlassen alle Verletzte „neugestärkt“ die „berühmte“ Heilanstalt, um dann später die Rentenkränkung zu erwarten und vergeblich das bewußte „Recht“ zu suchen!

Bericht der Zentralkommission der Stock- arbeiter Deutschlands.

Der Bericht umfaßt die Zeit vom 18. Juni 1905 bis 14. Mai 1906. Am 18. Juni 1905 wurde in einer Versammlung der Stockarbeiter Berlins die Zentralkommission gewählt. Dieselbe mußte sofort in Funktion treten. Zunächst erfolgte an sämtlicher an der Konferenz vom 10. November beteiligter Delegierter die Verlesung des „Vorwärts“ mit dem Konferenzbericht. Noch im Juni machte die Differenz bei Kaufmann in Mülhausen im Elsaß den Verband eines Zirkulars an die Vertrauensleute der einzelnen Orte wie an die Bevollmächtigten der übrigen Bezirke, in denen Stockarbeiter beschäftigt sind, nötig. Der Kampf der Kollegen in Hamburg bedingte den Verband von drei weiteren Zirkularen. Nebenher wurde vom Unterzeichneten das Protokoll der Konferenz ausgearbeitet. Sofort nach der Wahl trat das Verlangen von Überfendung von Tarifen an die Kommission heran. Zunächst wurden nach Bürgel i. Th., Mülhausen i. E., Hamburg, Gln a. Rh. Tarife von zwei

